



Polit-Positionen

der Industriegewerkschaft BAU Berlin
zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Am 26. September 2021 sind die Berlinerinnen und Berliner aufgerufen, für fünf Jahre zu entscheiden, wie es für ihre Stadt weitergehen soll.

Wir, als Gewerkschaft, wollen der Politik klare Hinweise geben, welche Maßnahmen wir für die Stadt Berlin als notwendig erachten, und unsere Mitglieder dazu ermutigen, diese Wahl als eine Möglichkeit zu nutzen, die Zukunft der Hauptstadt aktiv mitzubestimmen.

Dabei hat seit März 2020 mit der Corona-Pandemie eine Zeit angeschlagen, die die Probleme, die schon vor Corona bestanden, noch einmal deutlich sichtbarer gemacht hat – z.B. die Probleme im Gesundheitswesen und in der Pflege.

Wohnen

An erster Stelle – über alle unsere Branchen hinweg – steht die katastrophale Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Wohnraum ist in Berlin Mangelware, insbesondere was bezahlbare Wohnungen angeht.

Die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben unter der rot-rot-grünen Koalition eine positive Rolle übernommen. Aber trotz ehrlicher Bemühungen des Senats verlieren wir mehr Wohnungen aus der sozialen Bindung als wir neue bauen. Das darf künftig nicht mehr sein. Deswegen heißt es jetzt: „richtig ranklotzen“. Auch die Wohnungsbaugenossenschaften sind verstärkt einzubeziehen. Das Recht auf Wohnen darf nicht den Profitinteressen von börsennotierten Konzernen geopfert werden, und Finanzspekulant*innen müssen Grenzen gesetzt werden, um die Mieter zu schützen.

Der Mietendeckel des Senats, das Einfrieren der Mieten, das Verbot höherer Mieten bei Neuvermietung und die Rücknahme überhöhter Mieten hätten eine Umverteilung von oben nach unten bedeutet und wäre somit ganz im Sinne der IG BAU Berlin. Das Bundesverfassungsgericht hat die Zuständigkeit Berlins für dieses Gesetz bestritten. Also fordern wir von den Parteien, sich bundesweit für einen Mietendeckel einzusetzen.

Mietendeckel: Ab in den Bundestagswahlkampf – der Kampf geht weiter.

60% der Wohnungen müssen städtische Wohnungen sein oder in der Hand von Baugenossenschaften (Wiener Modell), denn bezahlbar ist die halbe Miete.



Bauen

Auf Baustellen arbeiten Arbeitnehmer (aus Osteuropa) mit einem Entgelt, was nicht durch Tarife abgesichert ist – meist als Solo-Selbstständige oder Subunternehmer. In Berlin ist, wie auch in anderen Teilen des Landes, ein Sklaven-Markt entstanden. Hier muss die Politik in Berlin und im Bund tätig werden.

Wir begrüßen, dass der Senat in seinem neuen Vergabegesetz die Einhaltung von Tariflöhnen bei allen öffentlichen Aufträgen festgelegt hat. Das muss jetzt durch seine Kontroll-Kommission auch durchgesetzt werden. Die IG BAU hat mit der SOKA-BAU einen Schritt hin zu besserer Kontrolle gemacht. Das reicht aber noch lange nicht aus. Auf europäischer Ebene sind die Grundlagen dafür gelegt worden, nun muss es auch vor Ort umgesetzt werden. Darum fordern wir die Einführung einer elektronischen Sozialversicherungskarte. Mit der Chipcard gegen Armutslöhne!

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass in einzelnen Bezirken nun Beauftragte für „Gute Arbeit“ eingerichtet wurden. Dieser Weg muss konsequent weiter gegangen werden.

Kein Auftrag ohne Tarifvertrag

Denn der Preisvorteil der Fremdvergabe beruht fast ausschließlich auf prekärer Arbeit. Nutznießer sind Firmen ohne Tarifbindung und Mitbestimmung.

Umwelt

Den Klimawandel bekämpfen und Stadtgrün stärken. Fridays for future Berlin fordert ein klimaangepasstes Berlin bis 2030. Ziel des Berliner Senats ist ein klimaneutrales Berlin bis 2050. Die IG BAU Berlin fordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Ziele nicht nur eingehalten, sondern sogar noch unterschritten werden.

Wir fordern ein nachhaltiges Bauen und Planen, was ökonomisch preiswert, ökologisch nützlich und sozial verträglich ist. Bei Neubauten und Gebäudesanierungen muss ein entsprechender Nachhaltigkeits-Check erfolgen. Dieser darf sich nicht nur auf die Energieversorgung beziehen, sondern muss sämtliche Ressourcen wie z.B. Wasser, Abwasser und den gesamten Gebäudezyklus umfassen. Dazu soll Berlin Modellvorhaben fördern, damit gute Beispiele für ein nachhaltiges Bauen geschaffen werden.

Der Klimawandel hat auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Kollegen, die unter freiem Himmel arbeiten. Wir fordern ein Hitze-Aktionsplan für Berlin, in dem neben den kommunalen Beschäftigten auch die in privaten Unternehmen Beschäftigten mit einbezogen werden.

Agrar

Gerade in unseren grünen Branchen gibt es einen großen Handlungsbedarf. Die Ziele sind nur mit einem großen ökologischen Investitionsprogramm erreichbar. Das erhält und schafft viele Arbeitsplätze – besonders im Handwerksbereich – und erfordert viel Fachkompetenz.

In der Stadt, und das hat gerade die Corona-Pandemie gezeigt, sind Grün- und Freiflächen dringend zu erhalten und zu erweitern. Die Vernetzung von Grünflächen, eine ökologische Pflege sowohl der Grünflächen als auch des Wohnabstandsgrün, eine Entsiegelung von Flächen sowie ein Konzept, was eine adäquate Antwort auf die durch den Klimawandel verursachten Starkregen und Trockenperioden bietet, sind wichtige Eckpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Regional und nachhaltig produzierte Lebensmittel helfen, das Klima zu unterstützen und gute Arbeit in der Landwirtschaft zu sichern. Hier ist der Senat aufgefordert, ein regionales Konzept zu entwickeln. Das kann z.B. umfassen: Siegel für Faire Landarbeit, Schulspeisung vorwiegend mit regionalen Produkten sowie Werbekampagnen.

Die Zeit im Forst ist ein wichtiger Punkt. Nur acht Prozent der Bäume in Berliner Forsten sind zu 100 Prozent gesund. Es sollten auch mehr Arbeitsstellen im Forst und in den Gartenbauämtern geschaffen werden. Das Personal um je eine Stelle pro Hektar auszubauen, ist aus der Sicht der Wald-Klima-Schutz-Kampagne, in der die IG BAU mitarbeitet, ein wichtiger Baustein.

An die „Stadt von morgen“ denken

Die gesamte Stadtplanung muss sich an nachhaltigen Zielen orientieren und darf nicht den kurzfristigen Interessen einzelner Investoren dienen. In die Stadtplanung muss das gesamte Berliner Umland einbezogen werden.

Der ÖPNV spielt dabei eine wichtige Rolle, insbesondere die S-Bahn. Sie darf nicht zerschlagen werden.

Das Land Berlin muss vorangehen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen, einschließlich der dauerhaften Übernahme nach bestandener Prüfung.

Berlin ist eine wachsende Stadt, wobei auch die ältere Generation bedacht werden muss. Es müssten nicht nur zusätzliche Seniorenwohnungen neu gebaut werden (Lift statt Treppe, breitere Türen für Rollator und Rollstuhl, barrierefreie Duschen). Dasselbe gilt auch für behindertengerechte Zugänge an S- und U-Bahn-Stationen.

Im Bereich der Altersversorgung fordern wir, die gesetzliche Rente zu stärken, die Einführung einer Bürgerversicherung und flexible und sichere Übergänge in die Rente. Rente muss für ein gutes Leben reichen. Unternehmen sollen Verantwortung übernehmen und Standards in ihrer Lieferkette einhalten sowie Prozesse einführen, um zu überprüfen, ob sie ihre Kriterien der sozialen Verantwortung von Unternehmen erfüllen.

Aufträge sollten nur an Unternehmen mit Betriebsrat und Ausbildungsbetriebe bevorzugt vergeben werden.

Für Fragen oder Anmerkungen – positiv oder kritisch – stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und würde mich über eine Rückmeldung freuen.

Christian Stephan
Bezirksvorsitzender
der IG Bau Berlin

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bezirksverband Berlin**
Kapweg 4 • 13405 Berlin

Telefon 030 – 206 206 0
Fax 030 – 206 206 66
E-Mail berlin@igbau.de
Internet www.berlin.igbau.de